

Gelockerte Pandemie-Regeln in den USA

Endlich Maskenfreiheit für Geimpfte

PETER RÁSONYI

Es war ein symbolträchtiger Moment: Präsident Joe Biden und Vizepräsidentin Kamala Harris traten am späten Donnerstagnachmittag aus dem Weissen Haus, beide mit strahlenden Gesichtern, die nicht von schwarzen Gesichtsmasken verdeckt wurden. Was hatte Biden als Präsidentschaftskandidat nicht alles an Häme von den Republikanern und dem stets ohne Maske auftretenden Präsidenten Donald Trump hinnehmen müssen, weil er sich für konsequentes Maskentragen in der Öffentlichkeit entschieden hatte. Jetzt ist es Biden, welcher der Maske offiziell Adieu sagt – und dies für alle gut sichtbar demonstriert.

Biden nahm eine fast gleichzeitig veröffentlichte Entscheidung der staatlichen Behörde zur Seuchenbekämpfung CDC vorweg. Diese erklärte überraschend, ab sofort müssten mit einem Covid-19-Vakzin Geimpfte mit wenigen Ausnahmen keine Masken mehr tragen und keine Abstandsregeln mehr einhalten. Sogleich wurde diese Regel im Weissen Haus eingeführt. Biden zelebrierte diesen Triumph wie die Krönung seiner erfolgreichen Regierungspolitik. Manche Republikaner raunten frustriert, die Ankündigung sei bloss ein billiger Trick, um von anderen Versäumnissen und Problemen abzulenken. Doch auch republikani-

sche Senatoren wie der Minderheitsführer Mitch McConnell kamen nicht umhin, sich die Maske mit dem erleichterten Seufzer «Endlich frei!» vom Gesicht zu reissen.

Wie schon das bis zu diesem Tag sehr konsequente Maskentragen Bidens ist auch der demonstrative Verzicht mehr als nur ein politischer Gimmick. Biden hatte bisher mit der Maske demonstriert, dass die Pandemie ein ernstes Problem sei und dass eine von ihm geführte Administration diese mit höchster Priorität bekämpfen würde. Damit hat er sich im Wahlkampf erfolgreich von Trump abgesetzt. Nun soll das Bild des von der Maske befreiten Präsidenten für die Vorteile stehen, die eine Impfung den Bürgern ermöglicht.

Der Entscheid der CDC kam für viele Epidemiologen überraschend. Aber in seiner praktischen Bedeutung ist der Zeitpunkt gerade richtig – anders als etwa in Europa. Impfstoffe sind in den USA mehr als genug verfügbar. Die Impfkampagne ist in die Phase getreten, in der nicht Sicherheit suchende Menschen um die raren Spritzen ringen, sondern die Behörden um Impfwillige werben. Da ist eine gut sichtbare Belohnung für Geimpfte ein willkommener und rationaler Anreiz, um die Kampagne zu unterstützen.

36 Prozent der erwachsenen Amerikaner sind mittlerweile zweimal geimpft, über 53 Prozent

Wie schon das bis heute sehr konsequente Maskentragen Bidens ist auch der demonstrative Verzicht mehr als nur ein politischer Gimmick.

haben mindestens eine Impfung erhalten, und der Anteil steigt rasch weiter an. Zwar sind die USA damit noch nicht auf dem Niveau der sogenannten Herdenimmunität angelangt, das Experten bei mindestens rund 70 Prozent schätzen. Doch der sinkende Trend der bestätigten Corona-Infektionen und Covid-19-Todesfälle, die sich rasch auf den tiefsten Stand der letzten zwölf Monate zubewegen, lässt den frühzeitigen Maskenverzicht als vertretbar und fair erscheinen. Das Risiko nochmals eskalierender Sterbezahlen ist gering. Alle erwachsenen Amerikaner haben die Chance, sofort eine Impfung zu erhalten. Je mehr durch die Befreiung von der Maskenpflicht dazu ermuntert werden, umso rascher geht die Immunisierung der Gesellschaft voran.

Gleich in den Mülleimer sollten geimpfte Amerikaner ihre Maskenvorräte allerdings nicht werfen. Dass das Coronavirus wieder aus der Welt verschwinden wird, gilt als höchst unwahrscheinlich. Vielmehr könnte es, nicht zuletzt unterstützt durch fortlaufende Mutationen, die Menschheit immer wieder in Wellen heimsuchen, ähnlich wie etwa die Grippe. Wenn im kommenden Winter Menschen mit Covid-19-ähnlichen Symptomen in engen öffentlichen Räumen freiwillig wieder zur Gesichtsmaske griffen – aus Rücksicht auf ihre Mitmenschen –, dann wäre dies eine wertvolle Lehre aus der jüngsten Pandemie.

Sprengstoffanschlag auf Informationspavillon von AKW

Militanz der radikalen Linken nicht verklären!

GEORG HÄSLER SANSANO, BERN

Es klingt wie eine Räubergeschichte von Veteranen eines vergangenen Kampfs. 1979 sprengen Aktivistinnen und Aktivisten der Gruppe «Do it yourself» den Informationspavillon des geplanten Kernkraftwerks Kaiseraugst in die Luft. Die Täterschaft blieb bisher unentdeckt – jetzt bekennt sich Giorgio Bellini, eine Ikone der Zürcher Jugendbewegung, zur Tat. Das Argument für die Aktion war ein knappes Ja des Stimmvolks für die Atomenergie. AKW Ja oder Nein war damals eine Glaubensfrage – und Teile der radikalen Linken schöpften daraus auch die Legitimation für ihren Kampf gegen die geltende Ordnung. Nein, Gewissensbisse plagten ihn nicht, sagt Bellini am Samstag in der NZZ. Der Flirt mit der Militanz, der «action directe», gehörte zum damaligen Zeitgeist, sinniert er weiter und verweist auf die gewaltbereiten Gruppen wie die Roten Brigaden in Italien.

Damals wie heute gilt: Es handelte sich um Terror, der – besonders in Italien – auch nicht mit den Gewaltaktionen der Rechten oder dem Wirken entfesselter Geheimdienste zu rechtfertigen war. Es waren die Roten Brigaden, die 1978 den christlich-demokratischen Politiker Aldo Moro umbrachten, unter anderem weil er sich für einen «compromesso storico» mit der Kommunistischen Partei von Enrico Berlinguer

eingesetzt hatte. Kompromisse passten nicht ins Weltbild von Extremisten. Auch heute nicht. Linke Gewalt wird oft als inhaltlich motiviert und deshalb als weniger schlimm dargestellt, weil sie ja für die gute Sache stehe. Sogar die Rote-Armee-Fraktion, die vor politischen Morden nicht zurückschreckte, hatte in Deutschland bis in die 1980er Jahre eine beachtliche Unterstützerszene. Doch bei allen Mängeln und nicht aufgearbeiteter Vergangenheit waren die demokratischen Länder Westeuropas keine Unrechtsstaaten.

Die Verklärung oder gar die Glorifizierung von Terror und politischer Gewalt der Vergangenheit ist auch mit Blick auf die derzeitige Sicherheitslage brandgefährlich. Die Pandemie und auch die Klimakrise bewegen die Menschen existenziell. Zukunftsängste und eingeschränkte Freiheitsrechte dienen Rattenfängern als Nährboden für ihre extremen Agenden. Die Polarisierung der Gesellschaft hat in den letzten Monaten zugenommen. Noch dienen ihnen Worte als Waffen. Aber auch Beleidigungen im Netz oder auf der Strasse erzeugen ihre Wirkung und treiben die Menschen auseinander. Anders als in den Zeiten der Jugendbewegung ist an beiden Enden des Spektrums eine Radikalisierung festzustellen – oft ist eine klare Zuordnung gar nicht mehr möglich.

Die Schweiz stimmt im Juni über zwei Vorlagen ab, die genau diese Kräfte mobilisieren. Für einen

Stille Sympathie oder ein Spiel mit den Parolen der Radikalen lädt dazu ein, eine Grenze nach der anderen zu überschreiten.

Teil der Klimabewegten geht das CO₂-Gesetz nicht weit genug. Die Corona-Skeptiker kämpfen gegen das Covid-19-Gesetz. In keinem anderen Land der Welt werden die beiden fundamentalen Fragen im Hier und Jetzt von einem Volksentscheid legitimiert. Beide Vorlagen bieten die Grundlage für einen echten Diskurs. Doch die Agitatorinnen und Agitatoren an den Extremen des Spektrums gehen nicht auf die eigentlichen Gesetzestexte ein, sondern verschanzen sich in den Wortgebilden ihrer eigenen Welt. Die Argumentation für die eigene Sache bewegt sich am Rand der Militanz. Irgendwann erscheint innerhalb der eigenen Szene Gewalt als legitime Form des Widerstands. Vielleicht reicht, wie bei Giorgio Bellini und «Do it yourself», ein Abstimmungsresultat als Rechtfertigung für eine militante Aktion.

Auch wenn sie als Akt des zivilen Ungehorsams oder einer anderen ideologischen Worthülse verpackt daherkommen: Eine klare Abgrenzung gegen Aktionen wie Blockaden und Märsche wäre ein Zeichen gegen Gewaltphantasien aller Art. Stille Sympathie oder ein Spiel mit den Parolen der Radikalen lädt dazu ein, eine Grenze nach der anderen zu überschreiten. Darüber sollten sich auch die politischen Parteien einig sein. Die Trennlinien zur Gewalt, auch verbaler Art, müssen schärfer gezogen werden.

Widerstand gegen UKW-Abschaltung

Schawinski erscheint zu spät zur Schlacht

STEFAN HÄBERLI, BERN

Einer gegen alle. Diese Rolle scheint Roger Schawinski zu behagen. Der bald 76-jährige Medienpionier legt sich noch einmal mit dem Rundfunk-Establishment an. Die für 2023 geplante Einstellung aller UKW-Sender in der Schweiz müsse gestoppt werden, sagt Schawinski. In der Radiobranche steht er damit alleine da. Nicht jedoch in der Bevölkerung: Über 19 000 Menschen haben seine Online-Petition «Rettet UKW» unterschrieben. Der Mitte-Partei-Präsident Gerhard Pfister und der SVP-Fraktionschef Thomas Aeschi haben den Ball aufgenommen und im Parlament Vorstösse eingereicht.

Der Widerstand dürfte auch von Nostalgie getrieben sein. Ob Plattenspieler, Schreibmaschine oder UKW-Radio: Wird eine Technologie abgelöst, landen nicht nur – noch brauchbare – Geräte im Estrich, sondern auch damit verbundene Erinnerungen. Es wäre allerdings billig, Schawinski und seine Mitstreiter als Romantiker zu verspotten. Unbestritten ist: Die UKW-Abschaltung trifft die Konsumenten im Portemonnaie. Wer Radio hören will, kann dies künftig nur noch mit einem DAB+-Gerät oder via Internet tun; die UKW-Geräte werden zu Elektroschrott.

Entgegen der landläufigen Meinung ist die UKW-Abschaltung keine Schnapsidee weltfremder Beamter. Sie ist der Wunsch der SRG und der Privatradios. Dahinter stecken Kostenüberlegungen: Mit DAB+ und UKW werden in der Schweiz derzeit zwei terrestrische Netze betrieben. Diese Doppelspurigkeit kostet. Deshalb haben sich die Branche und der Bund vor Jahren darauf geeinigt, diese Übergangsphase so kurz wie möglich zu halten. DAB+ sollte nicht neben UKW koexistieren, sondern UKW spätestens 2024 ersetzen.

Die UKW-Nutzung hat sich in den letzten fünf Jahren halbiert. Noch 27 von 100 Minuten empfängt der durchschnittliche Radiohörer in der Schweiz auf analogem Weg. Im Auto erreicht UKW jedoch noch einen Marktanteil von 45 Prozent. Neuwagen sind zwar mit einem DAB+-Gerät ausgestattet, ältere Autos aber oft nicht. Das ist ein Problem: Der Einbau eines DAB+-Radios kann über tausend Franken kosten. Mit einem Adapter kann das Autoradio allerdings für rund 100 Franken umgerüstet werden. Doch dass die UKW-Abschaltung keine Begeisterungstürme auslöst, ist verständlich.

Trotzdem haben sich die Radiobranche, die SRG und der Bund auf eine koordinierte UKW-Abschaltung geeinigt. Das hat den Vorteil, dass kein Privatrado ausscheren kann. Anreize, am Parallelbetrieb

Entgegen der landläufigen Meinung ist die UKW-Abschaltung keine Schnapsidee weltfremder Beamter. Sie ist der Wunsch der SRG und der Privatradios.

von UKW und DAB+ festzuhalten, werden so eliminiert. Die Sender ringen mit ihren Programmen um Marktanteile, statt dass sie ein paar Jahre länger als die Konkurrenz auf UKW senden. Der «Zwangsabschaltung» haftet somit etwas Kartellartiges an.

Rückblickend mag man bedauern, dass der Entscheid nicht dem Markt überlassen wurde. Doch diese Diskussion ist müssig. DAB+ ist da. Und zwar nur, weil der Bund spendabel war und ist. Er subventioniert den Radiostationen die Verbreitung ihrer Inhalte via DAB+, die Digitalisierung der Studios und bezahlt Informationskampagnen. Bis zur UKW-Abschaltung werden rund 85 Millionen Franken geflossen sein. Diese Anschubfinanzierung fällt ab 2023 weg. Gewiss könnte die UKW-Abschaltung hinausgezögert werden. Doch wer bezahlt die Rechnung?

Die Radiobranche ist dazu nicht gewillt; genau deshalb spricht sie sich für den UKW-Ausstieg aus. Der Staat müsse einfach weiter zahlen, sagt Schawinski. Das wäre absurd. Der Bund hat mit Dutzenden Millionen DAB+ in der Schweiz hochgezüchtet. Nun soll er UKW künstlich am Leben erhalten? Das wäre vergleichbar mit der Förderung von Dampflokomotiven nach der Elektrifizierung der Eisenbahn. Schawinski ist zu spät auf dem Schlachtfeld erschienen. Um UKW zu retten, hätte er vor Jahren die staatliche Förderung von DAB+ bekämpfen müssen.